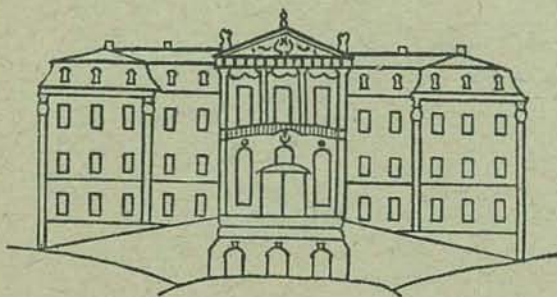


# Auf neue Art arbeiten, lernen und leben

Zur Qualifizierung der Werktätigen  
und zur sozialistischen Entwicklung der Berufsausbildung

Von Fritz Rick  
Mitglied des Hauptvorstandes der CDU  
Direktor der Berufsschule „Prof. Dr. Zeigner“ Dresden



Hefte aus Burgscheidungen

---

## Auf neue Art arbeiten, lernen und leben

Zur Qualifizierung der Werktätigen  
und zur sozialistischen Entwicklung der Berufsausbildung

Von Fritz Rick  
Mitglied des Hauptvorstandes der CDU  
Direktor der Berufsschule „Prof. Dr. Zeigner“ Dresden

29

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU  
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der  
Christlich-Demokratischen Union



## Vorbemerkung

*Am 23. 11. 1959 erarbeitete der Arbeitskreis Pädagogik beim Hauptvorstand der CDU in Weimar eine Reihe konkreter Vorschläge zur Qualifizierung der Werktätigen und zur sozialistischen Umgestaltung der Berufsausbildung in der DDR.*

*Das auf dieser Tagung von Unionsfreund Fritz Rick, Dresden, gehaltene Referat wird mit kleinen Erweiterungen und Ergänzungen vorgelegt. Es soll Antwort geben auf viele Fragen, die unsere Bürger im Zusammenhang mit dem Siebenjahrplan und ihrer persönlichen Entwicklung und Qualifizierung bewegt. Denn der Siebenjahrplan braucht Menschen, die fähig und bereit sind, sich mit Herz und Hand für seine Verwirklichung einzusetzen, deren Tätigkeit gekennzeichnet wird durch hohes Verantwortungsbewußtsein, Liebe zu den Menschen, Liebe zum Frieden und zu unserem sozialistischen Vaterland.*

Gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften haben wir den 10. Geburtstag unserer Deutschen Demokratischen Republik festlich begangen. Auch die CDU konnte mit einer Reihe schöner Geschenke aufwarten. Mit unseren Geburtstagsgaben haben wir einen überzeugenden Beweis dafür gebracht, in welchem Maße heute der DDR die Kraft und die Liebe der verantwortungsbewußten Christen gehören. Wir wissen, daß wir als Christen den Weg beschreiten, der allein in die Zukunft führen kann. Unser Wirken für den Triumph des Sozialismus ist zugleich auch unser christlicher Dienst für unser Volk und unser Beitrag dazu, sowohl die christliche Existenz im Sozialismus zu leben als auch die politisch-moralische Einheit unseres Volkes im Ringen um die nationale Erneuerung, den Frieden und den Sozialismus zu festigen.

Neben den großartigen Leistungen unserer Unionsfreunde beim Aufbau des Sozialismus in unserer Republik mit einem Wert von nahezu 140 Millionen DM ist vor allem hervorzuheben, daß es in den letzten Monaten gelungen war, 1800 Privatunternehmer, Bauern, Handwerker und Einzelhändler für neue ökonomische Formen zu gewinnen. Hier sind Menschen überzeugt worden, im Sozialismus ihre Zukunft zu sehen. Das ist besonders wertvoll. Die dabei gewonnenen Erfahrungen gilt es zu nutzen, um im Wettbewerb zu Ehren des 10. Parteitages der CDU neue gute Taten vollbringen zu können.

„Der Siebenjahrplan bestimmt unser Handeln!“ Diese Lösung der Rostocker Hauptvorstandssitzung vom 29./30. Oktober 1959 muß nunmehr die Arbeit jedes Unionsfreundes bestimmen, ist doch der Siebenjahrplan das große Programm des Aufbaus der Volkswirtschaft in der Periode des Sieges des Sozialismus. Die wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben des Siebenjahrplanes lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Ansteigen der Brutto-Produktion bis 1965 auf 188 % gegenüber 1958 durch rasche Entwicklung der Industrie, vor allem der Schwerindustrie. Dazu gehört ein maximales Wachstum der Energiewirtschaft, der Chemie, der Elektrotechnik und aller Zweige des Maschinenbaus.



- b) Die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft wird mit der zunehmenden Großproduktion das Gesicht des Dorfes bestimmen und unseren Bäuerinnen und Bauern eine gesicherte Existenz, zunehmenden Wohlstand, ein kulturvolles Leben und der Landjugend eine glückliche Zukunft bringen.

Technik und Wissenschaft werden diese Entwicklung bestimmen und dazu beitragen, daß mehr, billigere und qualitätsreichere Erzeugnisse produziert werden.

- c) Um die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen, ist das technische Niveau zu erhöhen. Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit wird der technisch-wissenschaftliche Fortschritt schneller verwirklicht werden. Das sind die Voraussetzungen zur Senkung der Produktionskosten und zur Steigerung der Rentabilität unserer Betriebe.
- d) 162 Milliarden DM werden bis 1965 investiert werden. Durch die Mitarbeit der Werktätigen bei der Planung und Ausführung der Investitionen muß der größtmögliche Nutzeffekt erreicht werden.
- e) Eine Steigerung des Volkseinkommens durch Lohnerhöhungen und Preissenkungen sowie durch Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung und der Altersversorgung wird unsere gemeinsame Arbeit lohnen.
- f) Im Siebenjahrplan wird eine grundlegende Verbesserung der Erziehung und Bildung unserer Jugend erreicht werden. Mit der Einführung der allgemeinbildenden zehnklassigen polytechnischen Oberschule wurde diese neue Entwicklung begonnen. Der III. Berufspädagogische Kongreß hat mit seinen Beschlüssen über Maßnahmen zur Qualifizierung der Werktätigen und der sozialistischen Entwicklung der Berufsausbildung diese Entwicklung fortgesetzt.

Groß und schön sind die genannten Aufgaben. Begeisternd ist die Zukunftsaussicht, die sich damit jedem Bürger bietet. Die Erfüllung des Siebenjahrplanes in allen seinen Teilen ist deshalb so wichtig, weil wir mit dem materiellen und kulturellen Fortschritt gleichzeitig den Sieg im Wettkampf mit dem monopolkapitalistischen System in Westdeutschland davontragen werden und damit zur Sicherung des Weltfriedens entscheidend beitragen. Darüber hinaus ist die Erfüllung des Siebenjahrplanes auch eine große internationale Verpflichtung

für uns, bedeutet doch seine Erfüllung eine wesentliche Stärkung des gesamten sozialistischen Lagers. Von dieser Stärkung hängt die weitere politische Entwicklung im Geiste friedlicher Koexistenz, Entspannung und vollständiger Abrüstung ab.

Als unsere Regierungsdelegation nach Genf fuhr, war sie mit den von der Volkskammer beratenen Richtlinien ausgestattet. Doch schwerer noch wogen die aus diesem Anlaß von unseren werktätigen Menschen abgegebenen Produktionsverpflichtungen. Sie erst machten der Welt deutlich, daß die Männer um unseren Außenminister mit Recht das Mandat unserer Bevölkerung hatten. Nicht anders war es in der Periode der Vorbereitung des 10. Jahrestages unserer Republik, als die große Bewegung der achtzigprozentigen Planerfüllung alle Schichten unserer Bevölkerung erfaßte.

Wie oft haben wir davon gesprochen, daß alles Tun Politik sei. In diesen die Politik begleitenden Taten kommt der Wille der Menschen zum Ausdruck, ihre Einstellung zum Arbeiter-und-Bauern-Staat. Politik ist nicht das Wirken von Einzelpersonlichkeiten, sondern sie umfaßt „die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen“ (Lenin, Werke, Band 5, 1955, Seite 436).

Deshalb stimmt auch unsere Partei der politischen Hauptforderung der Arbeiterklasse zu, im Frieden leben zu wollen, in einer Gesellschaftsordnung, die Kriege in Zukunft unmöglich macht. Deshalb müssen wir uns auch immer wieder neu orientieren, wie sich im jeweils gegebenen Stadium der Entwicklung die führende Rolle der Arbeiterklasse zeigt. Sie zeigt sich heute – und das bewies ganz deutlich der V. FDGB-Kongreß – der Form nach in den Tausenden im Kampf um die Planerfüllung entstandenen Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit. Dem Inhalt nach wird das Neue geprägt vom Ringen dieser Brigaden um sozialistisches Arbeiten, Lernen und Leben. Von diesem Neuen müssen wir ausgehen, wenn wir in der Diskussion über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den LPG und PGH, über die sozialistische Rekonstruktion unserer halbstaatlichen Betriebe keinen falschen Weg gehen wollen.

„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“ (Lenin, Werke, Band 2, Seite 576). Diese Erkenntnis haben sich die Brigaden der sozialistischen Arbeit zu eigen gemacht.



Sie verwirklichen damit die Weisungen des V. Parteitages der SED zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Der Weg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird von jenen Brigaden beschritten, indem sie um den wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Produktion ringen und die Mechanisierung und Automatisierung verwirklichen helfen. In der Begründung des Siebenjahrplanes heißt es dazu: „Radikal werden wir die Erzeugnisse typisieren und standardisieren, die Produktionsprogramme konzentrieren und spezialisieren.“ Das erfordert, daß unsere Werktätigen lernen und nochmals lernen: lernen, um den Staat heute und morgen lenken zu können; lernen, um die sozialistische Rekonstruktion erfolgreich durchzusetzen; lernen, um inhaltsreicher und kulturreicher leben zu können.

Die Tatsache, daß am Anfang manche Rekonstruktionspläne mehr den Charakter von Investitionsplänen trugen, daß sie allein festlegten, was in der Produktion verändert werden muß, aber nicht, wie die Werktätigen dabei mitarbeiten sollen, zeigte, daß vielen verantwortlichen Funktionären der enge Zusammenhang zwischen Rekonstruktion und Qualifizierung noch längst nicht klar war. Aus diesem Grunde ist ein Wort des Volksbildungsministers Prof. Dr. Lemnitz von besonderer Bedeutung, und zwar aus einer Rede, die er zur Eröffnung der Diskussion über die Vorschläge des ZK der SED hielt: „Die sozialistische Rekonstruktion unserer Betriebe hat zwei Seiten: eine objektive und eine subjektive oder eine materielle und eine personelle. Die objektive oder materielle Seite der sozialistischen Rekonstruktion besteht in der Anwendung der fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erkenntnisse und der modernsten Produktionstechnik und Produktionsmethoden. Die subjektive oder personelle Seite der sozialistischen Rekonstruktion ist die bestmögliche Qualifizierung der Werktätigen. Beides gehört zusammen, beides ist untrennbar. Moderne Wissenschaft und Technik in der Produktion erfordert hochqualifizierte Arbeiter und Bauern. Das ist eine objektive Gesetzmäßigkeit der Wechselbeziehung der Elemente der Produktivkräfte, zu denen bekanntlich die Produktionsinstrumente und die Menschen mit ihren Produktionserfahrungen und Produktionsfertigkeiten gehören.“

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus den Vorschlägen des ZK der SED zur Qualifizierung der Werktätigen? — Die Qualifizierung der Werktätigen ermöglicht erst die Einführung neuer Maschinen und Aggregate in unseren Betrieben. Wo dies nicht beachtet wurde, wie in dem VEB

Oberlausitzer Volltuchfabriken, konnte es vorkommen, daß wertvolle Webautomaten zwar aufgestellt, aber nicht in die Produktion eingereicht werden konnten. Erst zu spät stellte man fest, daß dafür qualifizierte Arbeitskräfte fehlten. Jeder Werkleiter — das gilt ebenso für unsere halbstaatlichen Betriebe — muß daraus seine große Verantwortung für die Qualifizierung der Werkstätigen seines Betriebes erkennen. Er muß wissen, daß der Inhalt des Rekonstruktionsplanes bestimmend für die Qualifizierungsmaßnahmen in seinem Betrieb sein muß. Das setzt allerdings voraus, daß die oft noch anzutreffende falsche Meinung überwunden wird, die fortschreitende Technisierung bringe eine Senkung des Niveaus der Arbeiten mit sich, der Arbeiter brauche ja nur auf den Knopf zu drücken.

Diese Meinung ist nicht nur falsch, sondern geradezu entwicklungsfeindlich. Der Arbeiter der Zukunft, der an komplizierten und technisch weit entwickelten Maschinen und Aggregaten arbeitet, drückt nicht nur aufs Knöpfchen. Er muß die Funktion der Maschine genau kennen, muß hohe Kenntnisse der Naturwissenschaft, der Meß-, Steuer- und Regeltechnik besitzen. Er muß in der Lage sein, an den Automaten andere Maschinenelemente einzusetzen, die Ursachen von Störungen zu erkennen, Fehler zu beseitigen und kleine Reparaturen selbst auszuführen. Er muß die Grundlagen artverwandter Berufe beherrschen. Aus diesem Grunde haben wir in der DDR mit der Entwicklung der zehnklassigen polytechnischen Oberschule und der sozialistischen Berufsausbildung begonnen.

Den besten Beweis gegen die feindliche „Knöpfchentheorie“ liefern uns die Brigaden der sozialistischen Arbeit und die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften. Sie entwickeln die bestehenden Produktionsverfahren weiter und lösen zusammen mit den Forschungsgemeinschaften schwierige Probleme in kürzester Zeit. Waren z. B. im VEB Sachsenring vor der Inbetriebnahme der Taktstraßen 29 Arbeiter für die Arbeitsvorgänge am Zylinderkopf mit der Qualifikation der Lohnstufe 4 nötig, so werden heute für die Betreuung und Überwachung der Automaten an der Taktstraße, für die Beseitigung kleiner Mängel nur noch drei Arbeitskräfte, allerdings der Lohnstufe 6, gebraucht. Es gilt also, die Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen, die notwendig sind, um den Widerspruch zwischen den Fähigkeiten und Fertigkeiten einzelner Werkstätiger und dem produktionstechnischen Stand moderner Ausrüstungen zu beseitigen.



Auch unter den Werktätigen selbst gibt es noch falsche Auffassungen. So fragen manche: Warum qualifizieren? Wir erhalten doch nicht mehr Lohn! — Ganz abgesehen davon, daß der Siebenjahrplan bekanntlich weitere Lohnerhöhungen vorsieht, und zwar eine Erhöhung des Reallohnes auf 160 bis 165 %, gibt es aber noch unzählige Arbeiter, Angestellte und Wirtschaftsfunktionäre, die heute noch nicht die für ihren Arbeitsplatz entsprechende Qualifikation nachweisen können. Das trifft vor allem für die Leichtindustrie zu. So haben in der VVB Maschinenbau des Bezirks Dresden nur 0,4 % der mittleren und leitenden Kader einen Fach- bzw. Hochschulabschluß.

\*

Da auch die halbstaatlichen Betriebe die sozialistische Rekonstruktion durchführen, sollen hier Anregungen gegeben werden, wie auch für die Angehörigen dieser Betriebe alle Möglichkeiten zur Weiterbildung ausgenutzt werden können.

Wenn sich heute weit mehr als die Hälfte aller Privatunternehmer in unserer Republik für die staatliche Beteiligung entschieden haben, so ist damit in diesen Kreisen eine beachtliche Wandlung vollzogen worden. „Im Rahmen des Siebenjahrplanes gilt es jedoch“, so hieß es in dem Bericht des Präsidiums vor dem Hauptvorstand der CDU in Rostock, „nicht nur den erzielten ökonomischen Durchbruch weiterhin auszubauen, sondern bei diesen Unternehmern den geistigen Durchbruch auch damit zu erreichen, daß sie systematisch mit den Erkenntnissen der sozialistischen Ökonomik vertraut gemacht und an sie herangeführt werden.“

Mit der Verwirklichung des Vorschlags unserer Partei zur Einrichtung eines Fernstudiums für Komplementäre wurden gute Voraussetzungen dafür geschaffen. Auch die Lehrgänge für Komplementäre, die im Bezirk Dresden von der IHK und der Kammer der Technik durchgeführt werden, dienen dem gleichen Ziel. Es handelt sich dabei um 5-Tage-Lehrgänge. In der Zeit vom 2. 11. bis 5. 12. 1959 nahmen an den Grundlehrgängen 33 Komplementäre, 13 Privatunternehmer und 26 Steuerhelfer, an den Fortsetzungslehrgängen 39 Komplementäre bzw. Mitarbeiter aus halbstaatlichen Betrieben teil. In den Grundlehrgängen wurden folgende Probleme behandelt:

1. Grundbegriffe von Staat und Recht.
2. Einführung in den Dialektischen Materialismus.

3. Grundprobleme der Politischen Ökonomie.
4. Die Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems.
5. Probleme der Übergangsperiode.
6. Die Mittelstandspolitik unserer Regierung.

Auf den im Grundlehrgang vermittelten Kenntnissen aufbauend, wurden für den Fortsetzungslehrgang folgende Themen gewählt:

1. Das Verhältnis des Betriebes mit staatlicher Beteiligung zum sozialistischen Staat.
2. Die sozialistische Planung.
3. Die sozialistische Umgestaltung des Preis- und Steuerrechts.
4. Die sozialistischen Vertragsbeziehungen.
5. Arbeitsökonomische Probleme im halbstaatlichen Betrieb.

Der Erfolg dieser Lehrgänge, das bestätigten viele Komplementäre, wurde zwar vorbereitet durch eine gute Themenauswahl, durch gut ausgewählte Referenten, bestand aber vor allem in der freimütigen, oft sehr lebhaften Aussprache in den Seminaren, wobei eine Vielzahl von Problemen geklärt werden und die Bewußtseinsbildung der Lehrgangsteilnehmer positiv gefördert werden konnte. Die Referenten, die sich in der Hauptsache aus Mitarbeitern der Industrie- und Handelskammer und des Rates des Bezirkes zusammensetzten, waren von Anfang an darauf hingewiesen worden, ihre Vorträge leicht faßlich zu gestalten und vor allem solche Grundbegriffe wie Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Mehrwert usw. anschaulich und beispielhaft zu erläutern.

Übereinstimmend erklärten die Teilnehmer, daß solche Internatsschulungen viel fruchtbarer sind als Externatslehrgänge (Vorteile: zusammenhängende Darbietung des Lehrstoffes, bessere Studienmöglichkeiten für den Hörer). Aus diesem Grund wurde der Industrie- und Handelskammer auch nahegelegt, ihre Lehrgänge im Jahre 1960 fortzusetzen.

Begrüßenswert ist ebenfalls die Einrichtung einer Qualifizierungsmöglichkeit für solche Komplementäre, die am Fernstudium nicht mehr teilnehmen können, wie sie von der TH Dresden im Schloß Gaussig geschaffen wurde.

Aber viel zu wenig wurde dem wachsenden Bedürfnis auf Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten halbstaatlicher



Betriebe Rechnung getragen. Aus meiner Tätigkeit als Direktor der Kaufmännischen Berufsschule in Dresden könnte ich viele Beispiele bringen, wie gerade Angestellte dieser Betriebe anfragen, wo sie sich die nötigen Kenntnisse in der volkseigenen Rechnungsführung und vor allem in Betriebsökonomik erwerben können.

\*

Die Betriebsakademien der sozialistischen Großbetriebe sind nicht, wie man anfangs fälschlicherweise hören konnte, eine Ergänzung oder ein Ersatz für die bisherigen betrieblichen Qualifizierungseinrichtungen, wie die technische Betriebsschule, das technische Kabinett, die Betriebsberufsschule, die Vorträge der Kammer der Technik, der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, sondern sie haben die Aufgabe, die bestehenden Bildungseinrichtungen entsprechend den erhöhten Anforderungen besser zu koordinieren und rationell nutzbar zu machen. Sie sind praktisch der Kern in dem neuen einheitlichen System der Erwachsenenqualifizierung.

Aus diesem Grunde müssen die vorgesehenen Qualifizierungsmaßnahmen mit den Produktionsaufgaben des Betriebes im Siebenjahrplan abgestimmt werden. Sie müssen der Produktionspropaganda zur Anwendung neuer Produktionsmethoden, wie sie z. B. die Klebtechnik darstellt, dienen. Der Vielzahl der Aufgaben, die der Begriff „sozialistische Rekonstruktion“ einschließt, wie Spezialisierung, Typisierung, Taktstraßenfertigung, Baukastensystem, Relaissteuerung u. a., muß die Arbeit der Betriebsakademie gerecht werden. Dabei dürfen aber Seminare und Vorträge über die Technik der geistigen Arbeit, über die Arbeit mit dem Buch nicht fehlen. Kurz gesagt: Jeder Betriebsangehörige muß sich angesprochen fühlen, muß sich qualifizieren können. Der Anreiz muß durch klare, übersichtliche Planung der Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies wird begünstigt durch klare Abgrenzung der Lehrbereiche und durch ein Stufenprogramm der fachlichen Qualifizierung von der einfachen bis zur kompliziertesten Tätigkeit, also von den Lohngruppen 1–8 bis zum Studium an den Fach- und Hochschulen.

Wenn man die bisherigen Erfahrungen der Betriebsakademien auswertet, so ergibt sich über die Aufgaben und Arbeitsweise der Betriebsakademien folgendes Bild:

Auf der Grundlage des Rekonstruktionsplanes hat der Rat der Betriebsakademie sämtliche der Weiterbildung dienenden

Veranstaltungen zu planen, abzustimmen und zu verwirklichen. Dazu ist es notwendig, in sich abgeschlossene Lehrgebiete zu schaffen. Aber neben der fachlichen Weiterbildung wird auch dem Studium der Gesellschaftswissenschaften, der Hebung der Allgemeinbildung breiter Raum gegeben werden.

In einigen Betrieben ist es deshalb zu Differenzen bezüglich der Verantwortlichkeit gekommen. Dabei dürfte es bei einiger Überlegung klar sein, daß für das Gebiet der Allgemeinbildung die Abteilung Volksbildung – besonders die Volkshochschulen – verantwortlich zeichnen muß. Für die fachliche Qualifizierung trägt die Werkleitung die volle Verantwortung. Das wird auch nicht dadurch gemindert, daß z. B. für die Facharbeiterausbildung und Prüfung die vorhandenen staatlichen Richtlinien beachtet werden müssen.

Wenn man den bisherigen Stand der Entwicklung der Betriebsakademien analysiert, ergibt sich etwa folgende Gliederung (ich stütze mich dabei auf einige Angaben, die vom Stellvertreter des Vorsitzenden, Koll. Siebert, vom Rat des Bezirks Dresden in seinem Referat auf der Konferenz über die Erwachsenenqualifizierung im Bezirk Dresden gemacht wurden):

Da wäre der Sektor 1 (Allgemeinbildung). Er soll, wie bereits gesagt, der Anleitung der Volksbildungsorgane unterstellt werden. Im Sektor 1 sollen die Möglichkeiten für den Abschluß der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule geschaffen werden, für die Vorbereitung auf späteren Besuch der ABF, für den Abschluß der erweiterten Oberschule mit dem Abitur. Ebenso sollten in diesem Sektor die Arbeiter, die im Unterrichtstag in der Produktion helfen, sowie die Fachkräfte, die für die Mitarbeit als Lehrer und Dozenten in der Betriebsakademie gewonnen werden, mit einem pädagogischen Minimum ausgebildet werden.

Im Sektor 2 ist die fachliche Qualifizierung vereinigt, für die die Werkleitung verantwortlich ist, die zusammen mit dem Leiter der technischen Betriebsschule und Betriebsberufsschule die Voraussetzungen zu schaffen hat. Im Sektor 2 sollte die Qualifizierung der ungelerten zu angelernten Kräften, die Vorbereitung auf die Facharbeiterprüfung, die Ausbildung in einem zweiten Beruf, die betriebliche Spezialschulung erfolgen. Dabei ist die Bedeutung der betrieblichen Spezialschulung nicht zu unterschätzen, damit die durch die sozialistische Rekonstruktion veränderten technologischen Bedingungen von den Werktätigen gemeistert werden können.



In diesem Sektor werden auch zum großen Teil die Weiterbildungsmöglichkeiten der Verwaltungskräfte zu schaffen sein, soweit es sich nicht um die Allgemeinbildung handelt.

Der Sektor 3 sollte die Meister-, Techniker- und Ingenieur-Ausbildung umfassen. Aus diesem Grunde sollten in den großen zentralen VEB Außenstellen von Fach- und Hochschulen eingerichtet werden und in Zusammenarbeit mit der Betriebsakademie folgende Aufgaben lösen: Vorbereitung für ein Fach- oder Hochschulstudium, Betreuung der Fernstudenten (Konsultationen), Durchführung des Abendstudiums, Qualifizierung der Absolventen der Fach- und Hochschulen, ihre Betreuung im neuen Tätigkeitsgebiet, ihre Gewinnung als Lehrer für die Betriebsakademie und als Aspiranten für die Fach- und Hochschulen. Ebenso wichtig ist die Betreuung der im berufspraktischen Jahr befindlichen künftigen Studenten und der Studenten, die ihr Berufspraktikum ableisten.

Der Sektor 4 sollte die Kenntnisse auf den verschiedensten Bereichen der Gesellschaftswissenschaft vermitteln. Neben Marxismus-Leninismus, Politischer Ökonomie, Wirtschaftspolitik, Grundfragen des Siebenjahrplans gehören hierher auch Fragen der Kulturpolitik, der Jugenderziehung u. a. Es ist vor allem notwendig, die Interessen der Frauen und der Jugendlichen zu beachten. Darauf müssen besonders die FDJ und der FDGB Wert legen und entsprechenden Einfluß auf die Plangestaltung in diesem Sektor nehmen. Ebenfalls gehören in diesen Sektor die Vorträge der Kammer der Technik und die populärwissenschaftlichen Vorträge der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse.

Die Bedeutung der Betriebsakademie wird unterstrichen durch die Zusammensetzung des Rates. Im Rat sind vertreten: als Vorsitzender ein Mitglied der BGL, als Sekretär ein von der Werkleitung ernannter Kollege, ferner die verantwortlichen Leiter der Lehrbereiche oder Sektoren, Mitglieder der sozialistischen Brigaden, hervorragende Wissenschaftler und Techniker, Vertreter der SED und der Massenorganisationen, wie FDJ, KdT, Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß es dringend erforderlich ist, die bisherige Arbeit der bestehenden Betriebsakademien zu koordinieren und auch nach territorialen Bereichen und Produktionsrichtungen zu konzentrieren. Ebenso muß die Auswertung der bisherigen Erfahrungen zu

einer einheitlichen Organisationsform der Betriebsakademien führen. Ich kann mir vorstellen, daß die dargelegten Vorschläge aus dem Bezirk Dresden dafür eine brauchbare Grundlage ergeben.

Aufgabe des Rates der Betriebsakademie ist es auch, dafür zu sorgen, daß die Arbeit auch auf andere Betriebe und die umliegenden Wohnbezirke ausstrahlt. So ist es ohne weiteres verständlich, für die Angehörigen mehrerer Betriebe beispielsweise die Schweißer Ausbildung zusammenzufassen, während die Schulung in speziellen betrieblichen Themen, wie sie durch die Rekonstruktion aufgeworfen werden, zweckmäßigerweise in dem entsprechenden Betrieb selbst erfolgt.

Für unsere halbstaatlichen Betriebe ergibt sich daraus die Empfehlung, sich umzuschauen, in welchem der in der Nähe liegenden VEB auch ihre Betriebsangehörigen die Betriebsakademie besuchen könnten. So besuchen bereits heute Angehörige der halbstaatlichen Betriebe A. Reiche, Dresden (Blechpackungen und Schokoladenformen) und der Firma Rönsch, Dresden (Elektromechanische Artikel) die Betriebsakademie im VEB Tabak-Uni, Dresden. Ein anderes Beispiel bietet die Betriebsakademie des VEB Sachsenwerk, Dresden. Unter den 180 Teilnehmern aus dem Wohnbezirk befinden sich vorwiegend Jugendliche aus Privatbetrieben, die sich hier auf die Facharbeiterprüfung vorbereiten.

Darüber hinaus sollten die halbstaatlichen Betriebe ihre Kooperationsbeziehungen mit den VEB nutzen und auf die Qualifizierung der Werk tätigen ausdehnen. Ich denke hierbei aber nicht nur an die Möglichkeiten, welche die Betriebsakademien der VEB bieten, sondern vielmehr an eine enge Verbindung zu den Brigaden der sozialistischen Arbeit. Hat doch z. B. ein Erfahrungsaustausch einer solchen Brigade mit den Angehörigen eines halbstaatlichen Betriebes vor allem eine große erzieherische Bedeutung. Das sollten die halbstaatlichen Betriebe, deren Gesellschaftsvertrag nicht mehr mit der Deutschen Investbank, sondern mit einem VEB abgeschlossen wurde, besonders beachten und ausnutzen.

Völlig unzureichend ist im Augenblick auf vielen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der DDR der Stand der Förderung der Frauen. Deshalb ist es richtig, wenn die Betriebsakademien in Auswertung der Thesen des ZK der SED einen Teil der Weiterbildung in die Arbeitszeit gelegt haben. Aber damit sollte man es nicht gut sein lassen, sondern überprüfen, wie man noch weitere Ent-



lastung schaffen kann, z. B. durch entsprechende Öffnungszeiten der Kindergärten, Einrichtung weiterer Wäschereien und Heintzelmännchenbetriebe, durch vorrangige Behandlung in allen sozialen Einrichtungen in allen Betrieben und — durch etwas mehr Verständnis und Hilfsbereitschaft der Männer (nicht nur der Ehemänner).

Offensichtlich unterschätzen auch heute noch viele Werkleiter die Notwendigkeit einer Unterstützung der berufstätigen Frau und versäumen, gerade ihr Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Um so mehr werden sie aber an die Förderung der Frauen denken müssen, wenn es gilt, neue Arbeitskräfte für die Produktion zu gewinnen. Denn bekanntlich wird die überwiegende Zahl der im Siebenjahrplan zu gewinnenden Arbeitskräfte aus dem Kreis der noch nicht berufstätigen Frauen geworben werden müssen.

Die Anwendung neuer Methoden für die Weiterbildung der Frauen muß gefördert werden. So erhalten die Frauen in der Betriebsakademie des VEB Baumwollspinnerei Riesa am Schluß jeder Schulung sogenannte Lehrblätter, die den behandelten Stoff geordnet und systematisiert zusammengedrängt enthalten. Die Kolleginnen können damit zu Hause viel leichter das erworbene Wissen festigen und wiederholen.

Ebenfalls richtig im Sinne der Frauenförderung handelte Unionsfreund Bezirkstagsabgeordneter *A n s o r g e*, Komplementär einer Grobgarnspinnerei und Zwirnerei in Bernstadt, Kreis Löbau. Er verschaffte seinen Betriebsangehörigen — in der Mehrzahl ungelernete Arbeitskräfte (vorwiegend Frauen) — die Möglichkeit, sich für mindestens zwei verschiedene Tätigkeiten zu qualifizieren. Manche dieser Frauen haben sich sogar die Kenntnisse von drei bis vier verschiedenen Tätigkeiten angeeignet. So ist es richtig. Das entspricht auch der These 10 der Vorschläge zur Erwachsenen-Qualifizierung, die u. a. fordert: „Die Frauenförderungspläne sind entsprechend der Zielstellung des Siebenjahrplanes, der Perspektive und Entwicklung des Betriebes bzw. Industriezweiges auszuarbeiten und konsequent zu verwirklichen.“

Noch einige Bemerkungen zur Arbeit der Betriebsakademien im Wohnbezirk: Hier haben die Betriebe ein reiches Betätigungsfeld zur Werbung und Ausbildung von Hausfrauen, die z. Z. nicht berufstätig sind und dadurch für eine zukünftige Voll- oder Halbtagsbeschäftigung gewonnen werden können. Hier wird ein guter Erfolg vor allem dann erreicht werden, wenn eng mit dem Wohnbezirksausschuß der

Nationalen Front zusammengearbeitet wird. Die Betriebsakademie wird so zu einem wichtigen Teil des kulturellen Zentrums im WBA werden. Es empfiehlt sich deshalb auch, einen Vertreter der Nationalen Front des Wohngebietes in den Rat der Betriebsakademie aufzunehmen.

\*

Wie soll die Berufsausbildung in den halbstaatlichen Betrieben aussehen? In den Thesen finden wir den einfachen Satz: „Die Berufsausbildung in Betrieben mit staatlicher Beteiligung erfolgt nach den Richtlinien für die VEB.“ Was bedeutet das? Das bedeutet, daß in diesen Betrieben alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um mit den Veränderungen zur sozialistischen Berufsausbildung in der volkseigenen Wirtschaft Schritt halten zu können.

Warum ist diese Veränderung notwendig geworden? Auch hier finden wir in den bereits genannten Thesen des ZK der SED die Antwort: „Trotz aller Erfolge entspricht jedoch das Niveau der Berufsausbildung und Qualifizierung nicht mehr den Anforderungen der Volkswirtschaft der DDR.“ Deshalb wird in Zukunft der speziellen Ausbildung in einem Beruf eine breite Grundausbildung gemeinsam für mehrere verwandte Berufe vorausgehen. Dadurch werden bereits in der Lehrzeit Grundlagen für die spätere Erlernung eines zweiten Berufes geschaffen.

Auch in den halbstaatlichen Betrieben sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um so früh wie möglich die Ausbildung in die Produktionsabteilungen zu legen. Das ist nicht nur für die fachliche Bildung wichtig, sondern auch für die Erziehung der anvertrauten Lehrlinge; denn dadurch erhalten — ich zitiere aus den Thesen — „die Arbeiter und Meister die Möglichkeit, mehr als bisher auf die Erziehung und Bildung des Nachwuchses der Arbeiterklasse Einfluß zu nehmen“.

Wie wichtig das für Lehrlinge in einem halbstaatlichen Betrieb ist, wurde mir durch eine Untersuchung klar, die ich im Auftrag der Ständigen Kommission Jugendfragen des Bezirkstages Dresden durchzuführen hatte. Dabei war festzustellen, daß die meisten Jugendlichen im Gegensatz zu den Lehrlingen aus den VEB gar nicht aus der Arbeiterklasse kommen. Ihre Eltern waren in der Hauptsache Verwaltungsangestellte, Angehörige des Mittelstandes, der freischaffenden Berufe oder der Intelligenz. Oft hatten diese Eltern bei der Einstellung des Lehrlings in den Privatbetrieb gesagt: „Wir



wünschen nicht, daß unser Kind in einem VEB lernt.“ Vereinzelt sprach aus solcher Haltung eine direkte Ablehnung gegenüber unserem Staat.

Betrachten wir kurz einen solchen Einzelfall. Ein Vater kommt von auswärts nach Dresden, um sein Kind in einem Privatbetrieb unterbringen zu können. Er nimmt es als Vater sogar auf sich, den Jungen in eine Berufsrichtung zu stecken, die anfangs nicht der Absicht seines Kindes entsprach, gar nicht zu reden von der Belastung des Jugendlichen durch den langen Weg von und zu der Arbeitsstätte. Da in diesem Privatbetrieb ein sehr positives gesellschaftliches Klima herrschte, blieb es nicht aus, daß der junge Mensch richtig angepackt wurde und bald in der Gewerkschaft und der FDJ tüchtig mitarbeitete. Dieser Jugendfreund übernahm später die FDJ-Gruppenleitung, entwickelte sich zum Spitzensportler und ist heute Angehöriger unserer Nationalen Volksarmee.

Überhaupt war bei den Untersuchungen der Ständigen Kommission festzustellen, daß mit Aufnahme der staatlichen Beteiligung das gesellschaftliche Interesse der Jugend bedeutend entwickelt werden konnte. So berichtete mir z. B. Unionsfreund R i e d e l, Komplementär der Fa. Oscar Heine, Dresden, daß sich nach Umbildung in einen halbstaatlichen Betrieb auch die Jugend stark an Produktionsberatungen beteiligte, während sie vorher abseits stand. Diese positive Bewußtseinsbildung muß aber planmäßig gefördert werden. Deshalb sollten die bestehenden engen Beziehungen zu VEB auch auf die Jugendarbeit ausgedehnt werden. Ich könnte mir vorstellen, daß ein Patenschaftsvertrag mit einer Jugendbrigade, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ kämpft, nicht nur großen erzieherischen Wert hätte, sondern auch Voraussetzungen schüfe, wertvolle Erfahrungen über Neuerermethoden weiterzutragen.

Bereits in dem erwähnten Bericht des Präsidiums des Hauptvorstandes wurde festgestellt, daß von den halbstaatlichen Betrieben alle Möglichkeiten des zweiten Weges der Rekonstruktion auszunutzen sind. Dabei wurde hervorgehoben, daß der Betrieb des Unionsfreundes Riedel, Dresden, als zweiter halbstaatlicher Betrieb in unserer Republik eine ökonomische Konferenz durchgeführt hat und dabei als erster gemeinsam mit allen Arbeitern seines Betriebes einen konkreten Plan der Rationalisierung und Durchführung der Rekonstruktion im Betrieb aufstellte. Hier muß ich ergänzen, daß eben von Unionsfreund Riedel nicht versäumt wurde,

genauso konkret auch Maßnahmen für die Qualifizierung der Angehörigen des Betriebes festzulegen. So ist es kein Wunder, daß Jugendliche von sich aus kamen und den Betriebsleiter fragten, was sie zur ökonomischen Konferenz beitragen könnten. Welche Arbeitsmöglichkeiten erschließen sich hier für die FDJ, wenn eben die übergeordneten Leitungen sich ständig blicken ließen oder ihre Maßnahmen mit dem FDGB abstimmten, damit von dieser Seite her die Interessen der Jugendlichen stärker mit wahrgenommen werden könnten! — Dieses Beispiel mag noch einmal die große gesellschaftliche Verantwortung zeigen, die jeder Betriebsleiter für die Ausbildung und Erziehung seiner Jugendlichen und für die Weiterbildung der Erwachsenen trägt.

Neu für die Berufsausbildung ist auch die Forderung, den allgemeinbildenden Unterricht so zu verbessern, daß jeder Jugendliche die Möglichkeit erhält, entweder während der Berufsausbildung oder in anschließenden Lehrgängen die Hochschulreife zu erlangen. Das ist wichtig, weil wir auch in halbstaatlichen Betrieben darauf achten müssen, daß der notwendige Bedarf an Fach- und Hochschulabsolventen entsprechend den sich verändernden technologischen Bedingungen herangebildet wird. So werden die Mechanisierung und Automatisierung, die Regel-, Meß- und Steuertechnik, die Anwendung der Atomenergie — besonders die Verwendung von Isotopen —, die Entwicklung neuer Werkstoffe, die Entwicklung der Chemie- und Elektrotechnik das Verhältnis von Arbeitern zu Ingenieuren immer stärker verschieben. Der Widerspruch zwischen körperlicher und geistiger Arbeit ist im Schwinden. Anstelle der Handarbeit tritt vielmehr die Kontrolle und Wartung der hochwertigen Aggregate und Taktstraßen und die Ausführung von Reparaturen. Dem muß die Berufsausbildung Rechnung tragen. Wenn also Betriebe mit staatlicher Beteiligung in die Lage versetzt werden, ihre Ausrüstung zu modernisieren und zu erweitern, so ist darauf zu achten, daß die Lehrlinge bereits in der Ausbildung an den neuen Maschinen arbeiten können.

\*

Mit dem Zusammenschluß der Handwerker in PGH ist ein starkes Anwachsen der Arbeitsproduktivität verbunden, nicht nur deshalb, weil jetzt die vorhandenen Maschinen gemeinsam voll ausgenutzt werden können, sondern weil auch nach und nach die Voraussetzungen geschaffen werden, die Arbeitsprozesse entsprechend den besonderen Aufgaben einer PGH — z. B. auf dem Reparatursektor — zu modernisieren.



Auf diese Aufgabenstellung muß die Erwachsenen-Qualifizierung ausgerichtet werden. Es muß deshalb recht bald die Voraussetzung geschaffen werden, daß die Mitglieder der PGH ihre Meisterprüfung entsprechend dem neuen Inhalt und den neuen Aufgaben im Handwerk ablegen können.

Noch besser ist allerdings der Weg, den z. B. Unionsfreund Schäfer, Vorsitzender der PGH „Neue Zeit“ in Altbernsdorf, eingeschlagen hat. Der Erfahrungsaustausch, den er und seine Genossenschaftsmitglieder mit einer schwächeren PGH eröffnet haben, indem sie jeweils die besten Genossenschaftsmitglieder der eigenen in die andere PGH schicken wollen, ist nicht nur ein hervorragendes Beispiel sozialistischer Hilfe, sondern auch ein wertvoller Beitrag zur Qualifizierung und zur Erziehung zu genossenschaftlichem Denken und Handeln. Das ist es gerade, was die Mitgestaltung und Mitverantwortung aller Genossenschaftsmitglieder fördert.

Doch diese Methode des Leistungsvergleichs gilt für alle Betriebe im sozialistischen Aufbau. So stellte Walter Ulbricht ganz richtig in seiner Rede bei der Eröffnung der Lehrschau der Standardisierung in Leipzig fest: „Sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Betriebsvergleiche und gegenseitige Hilfe bringen uns schneller vorwärts.“

Für die Berufsausbildung der Lehrlinge in der PGH muß angestrebt werden, daß sie in den Handwerksberufen führend wird. Das kann besonders dadurch erreicht werden, daß man die Ausbildung in Genossenschaften des gleichen Handwerkszweiges koordiniert. Mit aller Dringlichkeit muß gleichzeitig die Forderung erhoben werden, recht rasch die neuen Pläne für die praktische Berufsausbildung in den PGH vor allem erst einmal für die Schwerpunktberufe auszuarbeiten. Wie lange soll noch nach den überholten Plänen ausgebildet werden?

Auch durch gegenseitige Hilfe und Austausch von Lehrlingen in bestimmten Phasen der Ausbildung kann eine Qualitätserhöhung erreicht werden, die gleichzeitig auch erzieherisch die Voraussetzung dafür schafft, daß in dem Lehrling der Wunsch gestärkt wird, nach Abschluß der Facharbeiterprüfung Mitglied der Genossenschaft zu werden. Ein derartiger Austausch während der praktischen Ausbildung sollte vor allem dann vorgenommen werden, wenn die Produktionsaufgaben der eigenen PGH es z. Z. nicht ermöglichen, einen bestimmten Teil der praktischen Ausbildung zu vermitteln.

Es ist dann allerdings zweckmäßig, wenn mit den Lehrlingen auch das für die Ausbildung verantwortliche Mitglied der Genossenschaft in die andere PGH geht.

Außerdem ist es nötig, daß auch seitens der Berufsschule als der Vertreterin der theoretischen Ausbildung eine klare Orientierung auf die PGH im Hinblick auf Inhalt und Methode des Unterrichts gegeben wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, wenn z. B. im Prüfungsausschuß des Tischlerhandwerks im Kreis Löbau Lehrlinge aus den PGH geprüft werden, aber kein Vertreter der PGH im Prüfungsausschuß ist. Es muß gefordert werden, daß die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse entsprechend dieser neuen Entwicklung überprüft wird.

Soweit möglich, sollten sich die PGH bemühen, für die Ausbildung ihrer Lehrlinge eigene Lehrecke einzurichten. Die Hauptsache dabei ist, daß der am besten geeignete Meister oder Geselle mit der Ausbildung verantwortlich betraut wird.

Auf der Handelskonferenz in Leipzig, an der erstmalig auch Vertreter des privaten Einzelhandels teilgenommen hatten, wurde deutlich herausgearbeitet, wie positiv sich die Zukunft der privaten Einzelhändler gestaltet. Viele Einzelhändler haben seit dieser Zeit einen Kommissionshandelsvertrag oder die staatliche Beteiligung abgeschlossen und unterstützen mit ihren Erfahrungen die Anstrengungen, überall zu einem guten Warensortiment und zu einer vorbildlichen Verkaufskultur zu kommen. Diese Verbindung mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel gilt es auch für die fachliche Qualifizierung der Verkaufskräfte zu nutzen.

Die Betriebsschulen des staatlichen und genossenschaftlichen Handels haben alle Voraussetzungen dafür, haben sie doch in den letzten Jahren viele ungelernete Kräfte, besonders Hausfrauen, zu Fachverkäuferinnen ausgebildet. Ich kann mir aber auch sehr gut vorstellen, daß mancher Kommissionshändler auf Grund seiner langjährigen fachlichen Erfahrung sich gern der Qualifizierung des Nachwuchses, z. B. im warenkundlichen Unterricht, widmen würde. Es bedarf noch des bekannten Anstoßes bei den verantwortlichen Leitungen des genossenschaftlichen und staatlichen Handels. Ich möchte außerdem vorschlagen, die Lehrlinge der Kommissionshändler in die Betriebsberufsschulen des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels einzuschulen. Damit würden eine breitere Grundausbildung und eine fachlich spe-



zialisierte Ausbildung als Fachverkäuferin möglich sein, als es jetzt gegeben ist. Diese Forderung ist deshalb berechtigt, weil, wie ich bereits gesagt habe, die Thesen verlangen, daß die Lehrlinge aus halbstaatlichen Betrieben wie Lehrlinge volkseigener Betriebe ausgebildet werden sollen. Es ist aus diesem Grunde verständlich, daß man keinen Unterschied zwischen einem Lehrling eines Einzelhändlers mit staatlicher Beteiligung oder mit Kommissionsvertrag machen kann.

In einigen Städten wurden auf Initiative der Nationalen Front Wohnbezirksakademien gegründet. Verschiedenartig sind die Erfahrungen, aber es ist möglich, diese ersten Erfahrungen zu analysieren, um daraus die Aufgaben abzuleiten, deren Lösung auch unsere Partei in der Nationalen Front unterstützen sollte. Die Erfahrung lehrt, daß es nicht zweckmäßig ist, eine Vielzahl von Akademien (Wohngebiets-, Hausfrauen- und Mittelstandsakademien) zu bilden. Das führt zu einer Zersplitterung der Lehrkräfte und der Organisation, und im Falle der Mittelstandsakademie könnte es auch zu einer Isolierung der mittelständischen Schichten von der Arbeiterklasse führen. Deshalb werden in Zukunft keine neuen Wohngebietsakademien gebildet, sondern die Betriebsakademien sollen die Aufgabe übernehmen, die Werkstätigen des Wohngebiets, besonders die Hausfrauen, zu qualifizieren, und in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer auch die Weiterbildung des Mittelstandes gewährleisten. Dabei müssen selbstverständlich die guten Erfahrungen, die der Ausschuß der Nationalen Front in Apolda bei der Qualifizierung des Mittelstandes gewonnen hat, ausgewertet werden. Es ist eine schöne Aufgabe, diesen Bürgern die Gesetzmäßigkeit des Sozialismus zu erläutern und ihnen an Hand der Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die persönliche Entscheidung zu erleichtern. Es ist verständlich, daß diese Menschen genauso interessiert sind, sich auch Kenntnisse über die sozialistische Leitung und Planung, über die Vorteile der genossenschaftlichen Produktion, der staatlichen Beteiligung oder des Kommissionshandels zu erwerben.

Spezielle Bildungsaufgaben in den Wohngebieten sollen die Volkshochschulen übernehmen, deren Arbeit durch die Vortragstätigkeit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, der DSF, des Deutschen Kulturbundes und durch die Bildungstätigkeit der FDJ und des DFD ergänzt

werden. Die Ausschüsse der Nationalen Front haben die Aufgabe, diese Bildungsarbeit in den Wohngebieten zu koordinieren.

Auch hier kommt es darauf an, die Vortrags- und Seminarpläne mit den Hörern selbst zu beraten, damit die richtige Mischung zwischen fachlich-beruflichen, allgemeinbildenden, politökonomischen und gesellschaftlichen Themen gefunden wird.

Vom Tempo der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande werden in starkem Maße das Ansehen und die Stärke unserer Republik bestimmt. Wer selbst an diesem Ringen um das Neue beteiligt ist, wird die Notwendigkeit erkennen, durch entsprechende Einrichtungen vorhandenen Vorurteilen und Unkenntnissen über die Zukunft der Landbevölkerung auf den Leib zu rücken. Die Dorfakademie ist dafür eine ausgezeichnete Einrichtung. Das haben auch viele unserer Unionsfreunde begriffen und leisten beim Aufbau der Dorfakademie wertvolle Arbeit.

Der Hauptinhalt der Bildungsarbeit liegt hier auf dem Gebiet der Produktionspropaganda für die sozialistische Wirtschaftsweise. Demzufolge ist es notwendig, nicht nur die LPG-Bäuerinnen und -Bauern, sondern auch die Einzelbauern und deren Ehefrauen zu gewinnen. Grundlage für die Schulungspläne sind die Produktionsaufgaben der LPG im Siebenjahrplan und die Perspektivpläne unserer Dörfer. Es ist dann verständlich, daß eben der Plan der Dorfakademie aus dem Gebirgskreis Sebnitz sich grundsätzlich vom Plan der Akademie des Kreises Riesa unterscheiden muß. Sind es in einem Falle Fragen der Weidewirtschaft und der Viehzucht, so im anderen vielleicht Probleme des Mais- und Gemüseanbaus. Deshalb müssen auch hier die Gemeindevertretungen die Aufgaben verantwortlich übernehmen.

Es muß Schluß gemacht werden mit der Einseitigkeit nur allgemein interessierender Vorträge. Jawohl, Schönheitspflege und Farblichtbildervorträge sollen sein, aber im richtigen Verhältnis. Das verstehen auch unsere Frauen, ja in den meisten Fällen der mir bekannten guten Dorfakademien drängten sie selbst darauf, daß spezielle Kurse für LPG-Bäuerinnen und solche, die es werden wollen, wenn sie es auch noch nicht immer richtig wissen, eingerichtet werden müßten. Damit bekamen mancher Frauenausschuß und mancher Frauenförderungsplan Leben und Inhalt. Das beweist z. B. auch die Dorfakademie in Cotta, Bezirk Dresden, die bisher 4 Vortragsreihen mit 150 Teilnehmern eingerichtet hat. Dar-



unter sind 50 Jugendliche, 35 Genossenschafts- und Einzelbauern und 50 Bäuerinnen. Den Skeptikern muß gesagt werden, daß unsere Landbevölkerung durchaus gewonnen werden kann für die Weiterbildung zum landwirtschaftlichen Facharbeiter, für die Berechtigung zum Bedienen neuer Maschinen oder für die Vorbereitung eines Fachschulstudiums.

Natürlich kommt es gerade in den Dorfakademien darauf an, vielfältige Lehrmethoden und Lehrmittel, wie Filme, Lichtbilder, Bodenproben, einzusetzen. Besonderer Wert kommt dabei auch der Exkursion in gute Genossenschaften, Saat- und Viehzuchtbetriebe u. a. zu.

Die Dorfakademie wird also in der Hauptsache folgende Aufgaben zu lösen haben:

1. Förderung der Allgemeinbildung,
2. fachliche Qualifizierung der Landbevölkerung,
3. spezielle Veranstaltungen für die Jugend,
4. Qualifizierung der Lehrer, Dozenten der Dorfakademie, der LPG-Bäuerinnen und -Bauern, die den Unterrichtstag in der Produktion halten, auf dem Gebiet der Pädagogik.

Diese vierte Aufgabe sollte vor allem den Dorfakademien in den Leitdörfern zufallen (MTS-Dörfer).

Noch ein Hinweis zur Allgemeinbildung: Gerade auf dem Lande ist der Drang sehr groß, auf dem Gebiet der Allgemeinbildung die Kenntnisse der 8. oder 10. Klasse zu erwerben. Ich möchte deshalb vorschlagen, dafür eine Art Fernstudium vorzubereiten, denn es dürfte leicht möglich sein, daß jede Schule dann Konsultationen durchführen kann.

Auch hier ergibt sich für uns ein reiches Betätigungsfeld; das gilt besonders für unsere Landlehrer, Landärzte, Zootechniker und Agronomen. Es ist gut, wenn unser Unionsfreund Bezirkstagsabgeordneter Mickan in Uhyst, Kreis Bischofswerda, deshalb selbst Unterricht in den Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule hält, um sich den Nachwuchs für seine LPG zu sichern. Lieber heute als morgen sollte aber der Kreisvorstand der CDU in Bischofswerda zusammen mit den Freunden der Ortsgruppe daran gehen, in Uhyst eine Dorfakademie zu gründen, selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den anderen in der Nationalen Front vereinten Kräften. Das wäre die beste Hilfe für Unionsfreund Mickan als Vorsitzender und für seine Genossenschaftsbauern.

Besonderen Wert sollten alle Dorfakademien darauf legen, unter ihren Hörern die befähigtesten für ein landwirtschaftliches Fach- oder Hochschulstudium zu werben. Der Anteil von Absolventen in unseren Genossenschaften ist noch viel zu gering; aber für die Stärkung des sozialistischen Sektors, für seine rasche Vergrößerung ist die Arbeit nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und mit der modernen Technik von größter Bedeutung.

\*

Es ist mir nicht möglich, hier auf alle in diesem Zusammenhang bedeutenden Fragen einzugehen, wie die Verbesserung der Methodik im theoretischen und praktischen Unterricht, die Berücksichtigung des höheren Alters und der größeren Reife unserer Zehnjahrschüler, die Fortsetzung der polytechnischen Bildung in der Berufsausbildung u. a. m. Aber es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß auch unsere Partei aufgerufen ist, an dieser revolutionären Umgestaltung des Bildungswesens einen wesentlichen Anteil zu leisten. Das ist um so wichtiger, als bereits heute unser Bildungswesen dem westdeutschen überlegen ist; deshalb hat unsere Arbeit, haben unsere Vorschläge bei der Entfaltung einer umfassenden Volksbildung große Bedeutung für die gesamtdeutsche Arbeit. Wir leisten damit einen Beitrag für die Gestaltung des Weges zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland, dessen Bürger die Achtung aller friedliebenden Menschen der Welt genießen.

Worauf gilt es in Zukunft immer zu achten?

1. Alle Gliederungen unserer Partei sind im Rahmen der Nationalen Front zur aktiven, freudigen Mitarbeit aufgerufen.
2. Überall muß der Grundsatz gelten, daß Planerfüllung und Qualifizierung eine Einheit bilden; deshalb sollte jeder Bürgermeister, LPG- oder PGH-Vorsitzende, jeder Betriebsleiter die Aufgaben der Qualifizierung als einen Teil seiner staatlichen Aufgaben betrachten.
3. Wir müssen uns darüber klar sein, daß von der Qualifizierung der Werktätigen das Entwicklungstempo beim Sieg des Sozialismus abhängt. Das aber wiederum ist entscheidend dafür, ob der Frieden über den Krieg siegen wird. Wir haben alle Voraussetzungen für den Sieg des Friedens in der Hand.



4. Dabei müssen wir auch daran denken, daß jeder Partei- oder Wirtschaftsfunktionär nur dann seine Aufgaben im Siebenjahrplan erfüllen kann, wenn er auch seinen persönlichen Qualifizierungsplan besitzt und verwirklicht.

Wir sind aufgerufen, mitzugestalten, daß alle schöpferischen Fähigkeiten und Talente unseres Volkes entfaltet werden. Damit gehen wir einer Zeit hoher Blüte der Wissenschaft, Technik und Kultur entgegen. Das entspricht zutiefst den Zielen auch unserer Partei. Gehen wir an die Arbeit, damit wir auf dem 10. Parteitag in Erfurt am 15. Jahrestag der Parteigründung von stolzen Erfolgen auch auf diesem Gebiet berichten können.

## Vorschläge

### der Christlich-Demokratischen Union zu den Thesen über die Qualifizierung der Werktätigen und zur sozialistischen Entwicklung der Berufsausbildung in der Deutschen Demokratischen Republik

*(Beschluß des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU vom 5. 1. 1960)*

Die Christlich-Demokratische Union hat in zahlreichen Aussprachen mit vielen ihr angehörenden Berufsschullehrern, Dozenten an Hoch- und Fachschulen, Lehrausbildern, Genossenschaftsbauern, Genossenschaftshandwerkern und Komplementären in Betrieben mit staatlicher Beteiligung sowie in Mitgliederversammlungen die vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands veröffentlichten Thesen zur Qualifizierung der Werktätigen und zur sozialistischen Entwicklung der Berufsausbildung in der Deutschen Demokratischen Republik eingehend beraten und gibt der Zielsetzung dieser Thesen ihre volle Zustimmung.

Die Lösung der uns im Siebenjahrplan gestellten politisch-ideologischen und ökonomischen Aufgaben verlangt sowohl die weitere Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bei allen Bürgern unseres Staates als auch die Hebung des wissenschaftlich-technischen Niveaus der sozialistischen Produktion in Industrie und Landwirtschaft. Wir begrüßen daher die in den Thesen vorgezeichnete Entwicklung eines umfassenden Systems der sozialistischen Volksbildung, durch das gewährleistet wird, daß die schöpferischen Talente aller Bürger unseres Staates geweckt und gefördert und für die siegreiche sozialistische Umgestaltung unseres Lebens eingesetzt werden. Vor allem unterstützen wir die Forderung, die Allgemeinbildung aller Werktätigen zu erweitern, sie mit den wissenschaftlichen und produktionstechnischen Kenntnissen auszurüsten, die der Entwicklungsstand der modernen Wissenschaft und Technik verlangt, und ihnen Möglichkeiten zu geben, sich Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu verschaffen.

Das Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union übergibt dem Ministerium für Volksbildung zur weiteren Verbesserung der Arbeit in der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung folgende ergänzenden Vorschläge, die am 23. November 1959 auf einer Tagung des Arbeitskreises Pädagogik beraten worden sind.



## Zum Inhalt und Aufbau der Berufsausbildung

### *Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen*

Obwohl die Berufsausbildung seit langem dem Ministerium für Volksbildung eingegliedert ist, haben bisher die Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen und die Berufspädagogen vielfach noch immer isoliert voneinander gearbeitet.

Zur Überwindung dieses Mangels schlagen wir vor:

In den methodischen Kabinetten werden gemeinsame Kommissionen für Lehrer an allgemein- und berufsbildenden Schulen gebildet, die vor allem folgende Aufgaben lösen sollen:

1. Auswertung der Erfahrungen mit den neuen Lehrplänen der zeh- und zwölftklassigen polytechnischen Oberschule;
2. gemeinsame Beratungen über die Durchführung der Lehrpläne für die Berufsausbildung. Damit soll erreicht werden, daß die gesellschaftliche Praxis einen stärkeren Einfluß auf den Inhalt der Pläne gewinnt und daß durch bessere Koordinierung der Pläne unnötige Überschneidungen vermieden werden und die Berufsschulen mehr Zeit gewinnen, z. B. in den naturwissenschaftlichen und allgemeinbildenden Fächern den Unterrichtsstoff auf die Erfordernisse des Berufes abzustimmen;
3. gemeinsame Erarbeitung einer fortschrittlichen Unterrichts- und Erziehungsmethodik;
4. Organisation des Erfahrungsaustausches, einschließlich der gegenseitigen Hospitationen.

Um die gute Zusammenarbeit zwischen Berufs- und Oberschulen zu sichern, wird weiterhin empfohlen, den Referenten für Berufsausbildung als stellvertretenden Schulrat einzusetzen.

### *Berufsausbildung und Erwerb der Hochschulreife*

Es ist notwendig, daß vor allem die Berufsschulen, die Schüler während der dreijährigen Berufsausbildung zur Hochschulreife führen, ohne Zeitverlust Verbindung zu den polytechnischen Oberschulen aufnehmen, vor allem zu denjenigen erweiterten Oberschulen, die gleichzeitig ihre Schüler als Facharbeiter ausbilden. Die Zusammenarbeit erscheint uns besonders empfehlenswert beim Aufstellen der Lehrpläne, bei der methodischen Gestaltung des Unterrichts (Erziehung

zur Selbständigkeit und Selbsttätigkeit, Experimentalunterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern usw.) und bei der Organisation der Facharbeiterprüfung und des Abiturs.

### *Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Produktion*

Die Aufgabe, die theoretische Berufsausbildung eng mit der praktischen zu verbinden, verlangt die enge Zusammenarbeit aller Kollegen, die in der Berufsausbildung arbeiten. Durch die bisher entwickelten Formen der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches sollten in Zukunft vor allem Möglichkeiten geschaffen werden, neue, sozialistische Ausbildungsmethoden zu entwickeln. Dabei sind besonders die Erfahrungen der sowjetischen Berufspädagogen, unserer Neuerer und Aktivisten auszuwerten, ebenso die Erfahrungen, die in der Zusammenarbeit von Lehrlingsbrigaden und Brigaden der sozialistischen Arbeit bzw. sozialistischen Gemeinschaften gesammelt worden sind.

### *Sicherung von Ruhe und Stetigkeit des Unterrichts*

Wir halten es für notwendig, auf folgende bereits seit einiger Zeit diskutierte Forderungen hinzuweisen:

1. Auch in den Berufsschulen ist die Dauer einer Unterrichtsstunde auf 45 Minuten festzusetzen. Diese Forderung ist besonders auch deshalb berechtigt, weil in vielen Berufsschulen zur Zeit allgemeinbildende Schulen untergebracht sind und die unterschiedliche Pausenordnung die Arbeit beider Schulen stört.
2. Sowohl in den berufsbildenden als auch in den allgemeinbildenden Schulen ist ein einheitliches Notensystem einzuführen. Wir schlagen erneut vor, das an der Berufsschule und an Fach- und Hochschulen gültige Notensystem für die allgemeinbildenden Schulen zu übernehmen.
3. Bisher wurde die Arbeit in den ersten Wochen des Schuljahres dadurch gestört, daß die Ausbildungsbetriebe die neu einzustellenden Lehrlinge nicht zeitig genug bei der zuständigen Berufsschule angemeldet hatten. Um den Einsatz der Lehrer, die Klassenbildung und die Raumverteilung besser planen zu können, wird vorgeschlagen, in einer Richtlinie festzulegen, daß die Betriebe und Institutionen mit Berufsausbildung bis zum 30.6 jeden Jahres die Lehrverträge abschließen und den Lehrling bei der zuständigen Berufsschule anmelden.
4. Die bestehende Prüfungsordnung für Facharbeiter entspricht trotz einiger in der Vergangenheit gemachter Korrekturen



nicht den neuen Bedingungen. Eine neue Prüfungsordnung sollte daher so schnell wie möglich erarbeitet werden.

In der neuen Prüfungsordnung sollte festgelegt werden, daß Absolventen der erweiterten Oberschule nur in berufsbildenden Fächern geprüft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein allgemeinbildendes Fach der Oberschule, z. B. Englisch, zum berufsbildenden Fach in der Berufsschule (Ausbildung von Exportkaufleuten) werden kann.

Um die Bedeutung des Faches Körpererziehung zu betonen, wird empfohlen, in diesem Fach eine Prüfung ablegen zu lassen. Die Prüfung in Körpererziehung soll den Prüfungen in den allgemeinbildenden Fächern gleichgestellt werden.

#### *Festsetzung der Lehrlingsentgelte*

Wir befürworten, das Lehrlingsentgelt in der Form festzulegen, daß zu einem Grundgehalt ein entsprechender Leistungszuschlag gezahlt wird. Die Höhe des Leistungszuschlags richtet sich nach der Erfüllung der Lehrlingsnorm in der praktischen Ausbildung, nach den Leistungen in der theoretischen Ausbildung und nach dem gesellschaftlichen Verhalten des Lehrlings. Berufsschullehrer, Lehrausbilder und Vertreter der FDJ-Grundeinheit legen in einer gemeinsamen Beratung die Höhe des Leistungszuschlages fest.

#### *Urlaubsregelung für Lehrlinge*

Wir empfehlen, in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Komitee für Arbeit und Löhne zu prüfen, ob für alle Lehrlinge, d. h. auch für die über 18 Jahre, ein Urlaub von 3 Wochen gewährt werden kann. Die Berufsausbildungsstätten sind dann in der Lage, alle Lehrlinge eines Kollektivs für Ferienlager, gemeinsame Wanderungen usw. zu gewinnen.

#### *Lehr- und Lernmittelversorgung*

Es ist anzustreben, daß der Verlag Volk und Wissen die Lehrbücher pünktlich ausliefert und daß das Deutsche Zentralinstitut für Lehrmittel die Herstellungszeit für neue Lehrmittel, z. B. für die Verwendung neuer Kunststoffe, abkürzt.

#### *Zur Berufsausbildung in der Landwirtschaft*

Die Thesen treffen die sehr richtige Feststellung, daß die Ausbildung bisher in den meisten Berufen zu sehr losgelöst

von der Produktion erfolgte. Für die bisherige Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufen trifft das nach unserer Meinung nicht immer zu. Hier ergab sich oft das umgekehrte Verhältnis. Die Lehrlinge wurden in manchen Betrieben von Anfang an in der Produktion eingesetzt, ohne daß die Systematik ihrer Ausbildung in jedem Falle gewährleistet war. Deshalb muß in Zukunft bei der Berufsausbildung in der Landwirtschaft das richtige Verhältnis hergestellt werden. Wir begrüßen es daher, wenn die Berufsausbildung in den gut entwickelten und wirtschaftlich gefestigten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bzw. volkseigenen Gütern konzentriert wird, in denen je nach Zahl der Lehrlinge ein oder mehrere Lehrausbilder für die Ausbildung verantwortlich sind. Wo diese Konzentration nicht möglich ist, empfehlen wir, für die Berufsausbildung im MTS-Bereich eine Leit-LPG zu schaffen, deren hauptamtlicher Lehrausbilder auch die Lehrausbilder in den anderen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften anleitet.

Für die landwirtschaftliche Berufsausbildung in einem bestimmten Territorium ist eine einheitliche Leitung zu schaffen, die mit den Institutionen der Erwachsenenqualifizierung eng zusammenarbeiten sollte. Die Arbeit des Zentrums der Aktivisten- und Neuererbewegung auf dem Lande sollte ebenfalls mit der Arbeit der berufsausbildenden und -weiterbildenden Einrichtungen koordiniert werden.

Wir empfehlen für die Berufsausbildung des Facharbeiters für Acker- und Pflanzenbau eine 2½jährige Ausbildung, und zwar eine 2jährige theoretische und eine ½jährige praktische Ausbildung. Die Verlängerung der praktischen Ausbildung erscheint uns notwendig, damit der zukünftige Facharbeiter während seiner Lehrzeit an mehr als einer Ernte teilnehmen kann.

#### *Zur Berufsausbildung im Handwerk*

Nach den Thesen ist anzustreben, daß die Produktionsgenossenschaften des Handwerks für die Berufsausbildung im Handwerk führend werden.

Wir schlagen vor:

1. Die Berufsausbildung in Genossenschaften des gleichen Handwerkszweiges am Ort oder in benachbarten Gemeinden ist zu koordinieren und nach Möglichkeit in der besten PGH zu konzentrieren. Dadurch ist Möglichkeit gegeben, sowohl personell als auch materiell die Voraussetzungen für eine bestmögliche Berufsausbildung zu schaffen, den Lehrling in Lehrwerkstätten bzw. Lehrecken auszubilden,



Lehrlingsbrigaden zu bilden und die Jugendlichen auch mit dem Einsatz der modernen Technik vertraut zu machen.

2. Die neuen Berufsbilder und Lehrpläne für die Schwerpunktberufe des Handwerks sind umgehend auszuarbeiten.
3. Es ist unbedingt zu sichern, daß von den Abteilungen für Volksbildung der Räte der Kreise in jeden Prüfungsausschuß auch ein Vertreter der PGH berufen wird.
4. Es wäre zu prüfen, ob Produktionsgenossenschaften des Handwerks, die bereits einige Jahre gut arbeiten, auch die theoretische Ausbildung ihrer Lehrlinge übernehmen können. Zu diesem Zwecke sollte zum Teil mit staatlicher Unterstützung für mehrere Genossenschaften eines Handwerkszweiges eine eigene Betriebsberufsschule eingerichtet werden. Wir denken z. B. an die Zusammenfassung der theoretischen Ausbildung aller Lehrlinge einer PGH aus dem Bau- und Baunebengewerbe einer Großstadt in einer Betriebsberufsschule.

#### *Zur Berufsausbildung in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung*

Wir schlagen vor, die Kooperationsbeziehungen zwischen den volkseigenen Betrieben und den Betrieben mit staatlicher Beteiligung auch für die Berufsausbildung nutzbar zu machen.

Die FDJ-Betriebsgruppen in den volkseigenen Betrieben und die Jugendbrigaden, die um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ ringen, sollten die Patenschaft über die FDJ-Gruppen in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung übernehmen und den Jugendlichen ihre Erfahrungen bei der Anwendung von Neuerermethoden und bei der Durchführung von Wettbewerben übermitteln.

#### *Zur Berufsausbildung im Einzelhandel*

1. Wir schlagen vor, daß die Lehrlinge aus Einzelhandelsbetrieben mit Kommissionsvertrag oder staatlicher Beteiligung in den Fachklassen der Betriebsberufsschule des staatlichen und genossenschaftlichen Handels unterrichtet werden.
2. Um die Berufsausbildung des Einzelhändlers zu verbreitern, wird empfohlen, in die Ausbildungspläne ein Produktionspraktikum in einem Herstellerbetrieb aufzunehmen.

#### **Zur Erwachsenenqualifizierung**

##### *Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit*

Die Aufgaben bei der Weiterentwicklung der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung erfolgreich zu lösen, erfordert auch die straffere Lenkung und Leitung durch den Staatsapparat.

Wir schlagen vor, die bei den Räten der Kreise und Bezirke bestehenden Beiräte für Berufsausbildung zu Beiräten für Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung umzubilden. Dieser Beirat sollte die Aufgabe erhalten, alle Aufgaben der Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung zu planen, zu koordinieren und zu kontrollieren. Deshalb sollten in dem Rat noch mitarbeiten: Vertreter der Massenorganisationen wie FDGB, FDJ, DFD, der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, der Kammer der Technik, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer, des Kulturbundes, Vertreter aller Schulgattungen.

##### *Zur Arbeit der Betriebsakademien*

Wir begrüßen die Bestrebungen, die besten Erfahrungen aus der Arbeit der Betriebsakademien rasch zu verallgemeinern. Im Sinne einer guten Konzentrierung der Arbeit der Betriebsakademien erscheint es notwendig, besonders die Bildung zentraler Betriebsakademien, wie die des Verschiebebahnhofs Berlin-Pankow, zu popularisieren. Auch sollte man bei der Analyse der bisherigen Arbeit anstreben, eine einheitliche Organisationsform der Betriebsakademien zu entwickeln.

Die Betriebsakademien der Kommanditistenbetriebe sollten auch die Qualifizierung der Werkstätigen in den Betrieben mit staatlicher Beteiligung, besonders die der Arbeiter und Angestellten, übernehmen. Wir schlagen vor, daß aus diesem Grunde in den Rat der Betriebsakademie auch ein Vertreter des betreffenden Komplementärbetriebes aufgenommen wird.

##### *Zur Qualifizierung der Werkstätigen auf dem Lande*

1. Wir schlagen vor, daß die Beiräte für Berufsausbildung und Erwachsenenqualifizierung, die örtlichen Volksvertretungen und die Ausschüsse der Nationalen Front die Dorfakademien in dem Bemühen unterstützen, ihren Veranstaltungsplan mit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, der Volkshochschule und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu koordinieren. Insbesondere



müssen auch die Themen der bäuerlichen Winterschulung mit dem Vortrags- und Veranstaltungsplan der Dorfakademie abgestimmt werden.

2. Am 1. November haben in allen Kreisen unserer Republik sozialistische Winterschulen der Landwirtschaft ihre Arbeit aufgenommen. Nach den Hinweisen des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft waren selbständige Schulen mit einem hauptamtlichen Direktor und einer Schreibkraft zu bilden. Wir empfehlen dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zu überprüfen, ob diese Winterschulen mit den örtlich zuständigen landwirtschaftlichen Berufsschulen enger zusammenarbeiten können, die die methodische und organisatorische Anleitung der Winterschulen übernehmen. Dadurch könnten die Kräfte konzentriert und Mittel eingespart werden.

#### *Qualifizierung der Genossenschaftshandwerker*

Wir empfehlen, auch innerhalb der Erwachsenenqualifizierung für die Produktionsgenossenschaften eines Handwerkszweiges eine Leit-PGH zu schaffen.

Da die Internatsschulung bisher zu den besten erzieherischen Erfolgen geführt hat, sollten die Arbeitsgruppen Mittelstand der Nationalen Front in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern in allen Bezirken Voraussetzungen für Internatsschulungen schaffen.

Geeignete Fachschulen könnten ebenfalls mehrtägige Schulungen durchführen bzw. ihre Dozenten für diese Schulungen zur Verfügung stellen.

Wir schlagen ferner vor, die Anforderungen für die Meisterprüfungen entsprechend den neuen Aufgaben zu verändern und die Meisterprüfung so bald als möglich nach den neuen Bedingungen abzunehmen.

#### *Zum Einsatz nebenberuflicher Lehrkräfte*

Wir begrüßen es, daß Einrichtungen der Erwachsenenqualifizierung, die, wie die sozialistischen Winterschulen, ganztägig unterrichten, vorwiegend hauptberufliche Lehrkräfte beschäftigen. Beim Einsatz nebenberuflicher Lehrkräfte empfehlen wir zu überprüfen, ob Praktikern, die sich für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stellen, Abminderungsstunden in ihrer hauptberuflichen Tätigkeit zugebilligt werden können. Wir verweisen dabei auf die Erfahrungen, die in der CSR auf diesem Gebiet gesammelt worden sind.

#### *Zum Fernstudium*

Die gesetzlichen Richtlinien für die Unterstützung der Fernstudenten durch die Betriebe werden nicht immer eingehalten. Wir schlagen vor, daß mit jedem Werk tätigen vor Aufnahme des Fernstudiums ein Vertrag abgeschlossen wird, in dem folgende Punkte enthalten sind: Unterstützung durch den Betrieb während des Studiums, Anleitung durch einen qualifizierten Paten, Festlegung der Perspektive nach erfolgreichem Abschluß des Fernstudiums; Verpflichtungen des Fernstudenten, seine Qualifizierung zu bestmöglichen Erfolgen zu führen.

#### *Zur Lehrmittelversorgung an Einrichtungen der Erwachsenenbildung*

1. Die Unterrichtsarbeit in den Institutionen der Erwachsenenbildung wird durch den Mangel an geeigneten Lehrbüchern beeinträchtigt. Wir empfehlen deshalb, spezielle Lehrbücher für die Erwachsenenqualifizierung zu entwickeln.

Es ist ferner darauf zu achten, daß Fernstudieneinrichtungen mit gleichem Ziel einheitliche Anforderungen stellen und Studienmaterialien von gleichem Niveau herausgeben (z. B. Fachschulen).

2. Auf allen Fachgebieten macht sich auch in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung ein Mangel an geeigneten Lehrfilmen und DIA-Reihen zur Veranschaulichung des Unterrichtsstoffes bemerkbar. Wir schlagen daher vor, die Mitarbeiter auf dem Gebiete der Erwachsenenqualifizierung aufzurufen, dem Deutschen Zentralinstitut für Lehrmittel Vorschläge für die Herstellung von Lehrfilmen und DIA-Reihen einzureichen.

Außerdem weisen wir darauf hin, daß die Anzahl der jetzt zur Verfügung stehenden Kopien nicht ausreicht und daher erhöht werden muß.

3. In der materiellen Versorgung der Institutionen der Erwachsenenbildung ergeben sich überall dort Schwierigkeiten, wo der Unterricht nicht in technischen Betriebschulen und ähnlichen Einrichtungen erteilt werden kann. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich für die Durchführung des naturwissenschaftlichen Unterrichts, und zwar bei der Verwendung von Chemikalien und physikalischen sowie chemischen Geräten.

Wir schlagen vor, eine gesetzliche Grundlage für die Versorgung der Institutionen der Erwachsenenbildung mit



Lehr- und Lernmitteln zu schaffen, wenn Räume von allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen bzw. Berufsschulen benutzt werden müssen.

4. Wir empfehlen, ein Lehrbuch der speziellen Methodik der Erwachsenenbildung herauszugeben.

### **Zur Aus- und Weiterbildung der Berufsschullehrer und Lehrausbilder**

#### *Politische Weiterbildung der Berufsschullehrer*

Die neuen, höheren Anforderungen, die die sozialistische Berufsausbildung an den Berufspädagogen stellt, verlangen auch die Erweiterung seiner gesellschaftswissenschaftlichen Kenntnisse. Wir schlagen daher vor:

1. Die Schulungszirkel der Gewerkschaften müssen sowohl in ihrer Thematik als auch in der Methode ihrer Durchführung der Notwendigkeit einer intensiven und systematischen politischen Weiterbildung der Berufsschullehrer entsprechen.
2. Die methodischen Kabinette sollen Kurzlehrgänge zu Teilgebieten der Gesellschaftswissenschaft durchführen.
3. Es ist anzustreben, daß in die Brigaden und Gemeinschaften der sozialistischen Arbeit auch Berufsschullehrer und Lehrausbilder aufgenommen werden, damit die politischen und pädagogisch-fachlichen Probleme in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit und mit aktiver Einflußnahme der Wertätigen gelöst werden können.

#### *Fachliche Qualifizierung der Berufsschullehrer*

1. Um den Berufsschullehrern die bestmögliche Ausbildung bzw. Qualifizierung zu ermöglichen, schlagen wir vor, die Arbeit der methodischen Kabinette zu koordinieren und sie zentral (durch die Leitsektion der Ministerien und die Bezirkssektion) anzuleiten. Auch die methodischen Kabinette und die Kreiskabinette sollten ihre Arbeit besser koordinieren.
2. Entsprechend den in den Thesen enthaltenen Richtlinien für das Fern- und Teilstudium empfehlen wir, auch das Fernstudium für Berufsschullehrer in den einzelnen Studienjahren zu spezialisieren und das Studium eines Prüfungsfaches mit dem Teilstaatsexamen abzuschließen.

Im Teilfernstudium ist die schon erreichte Qualifikation (z. B. pädagogische bzw. gesellschaftswissenschaftliche Grundausbildung) bei der Festlegung von Zeitdauer und Umfang des Teilstudiums zu berücksichtigen. Älteren Kollegen sollte man die Möglichkeit geben, als Gasthörer, d. h. ohne die Verpflichtung, eine Prüfung abzulegen, am Abend- bzw. Teilfernstudium teilzunehmen.

Wir schlagen ferner vor, die Stundenabminderung und die Zeit für schriftliche Arbeiten in den einzelnen Fachrichtungen einheitlich zu regeln.

3. Um den Bedarf an Berufsschullehrern für das Fach Russisch möglichst rasch zu decken, empfehlen wir:
  - a) für den Übergang Lehrer an Ober- und Berufsschulen in den Fächern Russisch und Technisches Zeichnen auszutauschen;
  - b) in den methodischen Kabinetten Möglichkeiten zu schaffen, daß sich Berufsschullehrer auf das Fernstudium im Fach Russisch vorbereiten bzw. daß ehemalige Russischlehrer ihre Kenntnisse auffrischen können.
4. Berufsschullehrer der Klassen, die mit dem Facharbeiterbrief gleichzeitig die Hochschulreife erwerben, halten es für notwendig, sich selbst die im Abitur geforderten Kenntnisse schrittweise anzueignen. Wir empfehlen, daß die Volkshochschule in Verbindung mit den methodischen Kabinetten Voraussetzungen schafft, diesen Wunsch zu verwirklichen.
5. In den Fachzeitschriften, im Rundfunk und Fernsehfunk, im Film und im Vortragswesen der Kammer der Technik, der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse usw. sind stärker als bisher die neuesten Produktionsverfahren, Neuerermethoden usw. zu erläutern, damit es Berufsschullehrern und Lehrausbildern möglich ist, auf dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik zu unterrichten.

#### *Qualifizierung der Lehrausbilder und Lehrmeister*

1. Es ist anzustreben, die bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrausbilder und -meister stärker als bisher auszulasten. Zu diesem Zweck sollte man Möglichkeiten für die Teilqualifizierung schaffen. Die verschiedenen Ausbildungsarten sind zu koordinieren, damit Wiederholungen vermieden werden (z. B. Gesellschaftswissenschaften und Deutsch).



Die Teilqualifizierung ist besonders im Hinblick auf die pädagogische Ausbildung der Lehrausbilder in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks empfehlenswert, denn der augenblickliche Entwicklungsstand in den PGH ermöglicht es erst wenigen Lehrausbildern, einen 5-Monate-Lehrgang zu besuchen.

2. In Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern ist zu gewährleisten, daß bei der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk pädagogische Grundkenntnisse vermittelt werden.
3. Die jeweils erworbene Qualifikation müßte in einer entsprechenden Leistungszulage Anerkennung finden, damit auch ein materieller Anreiz geschaffen wird, sich als Lehrmeister und Lehrausbilder zu qualifizieren. In erster Linie sollte diese Frage im Sektor Landwirtschaft gelöst werden.



In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- \* 1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- \* 4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- \* 5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbsozialistischen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- 14 Günter Wirth / Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —

Die mit \* gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilitung vergriffen.



- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 21 10 Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 10 Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 25 Prof. Dr. Rudolf Říčan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag

Verkaufspreis 0,50 DM